

Von wegen gemeinnützig

Es konnte eigentlich nur eine Frage der Zeit sein, bis nun auch die Sozialdemokraten ihre Spendenaffäre am Bein haben. Und sie ist eigentlich nur deshalb noch um eine Variante delikater als die Weißwäschereien der Konservativen und Liberalen, weil für die rote Steuerhinterziehung die Namen Friedrich Ebert, Fritz Naphtali und eine peinliche Israel-Connection stehen. Sozialdemokraten lieben es halt immer ein bißchen internationaler als die nationale Konkurrenz. Im Grunde ist es dieselbe Schmiere, die auch die Schwarzen und Gelben aufführen, wenn es um die illegale Umverteilung von Steuergeld in Parteikassen geht.

Nie waren sich die eingessessenen Bundestagsparteien im Ziel so einig wie beim sorgfältig voreinander abgeschirmten, in Wahrheit konzertierten, schamlosen Steuerbetrug. Der Kiep gibt dem Lamsdorff, der Karry dem Nau nichts heraus – ob über Staatsbürgerliche Vereinigungen, Adenauer-, Naumann-, Seidel- und Ebert-Stiftung: gleiche Brüder, gleiche Kappen.

Und wofür das alles? Soll doch keiner sagen, die Parteien betrieben staatsbürgerliche Bildung, wenn sie sich im Wahlkampf kostenpflichtig anblaffen, sie trügen zur Aufklärung eines unmündigen Wahlbürgertums bei, wenn sie Wände mit ihren Waschpulverplakaten vollkleben und nach dem Wahlabend wieder abwischen. Zuviel Korruption für zuviel Unsinn.

Wahlkämpfe müssen sein, und die kosten natürlich ihr Geld. Kein Wort dagegen. Kein Wort gegen großherzige Partei- und Wahlkampfspenden (sofern sie, was natürlich auch nicht geschieht, öffentlich ausgewiesen werden). Nur: Warum zum Teufel soll jener Steuerzahler, der Christ-, Sozial- und Freidemokraten um keinen Preis etwas spenden will, über die gesetzeswidrig benutzte Gemeinnützigkeitsklausel des Einkommensteuergesetzes mindestens die Hälfte des Betrags beisteuern?

Sollen die gravitätischen Generalsekretäre und zungenflinken Bundesgeschäftsführer doch mit der Hälfte – legal – auskommen, sollen sie doch die Weißwäscher und Kofferträger rausschmeißen. Wer denn Herrn Geißlers Holzhammerschläge genießen will, der mag ihm auch den

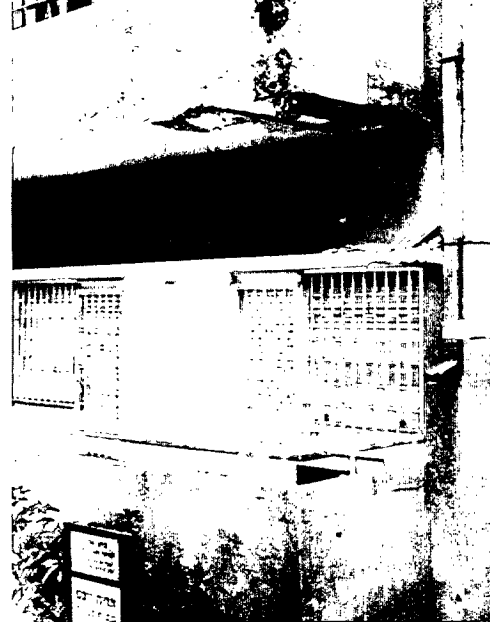
Hammer kaufen. Wer sich denn von den wie Maschinengewehrsalven abgefeuerten Wortkaskaden des Peter Glotz staatsbürgerlich belehren lassen will, der möge ihn honorieren. Und wer sich von Mischnick, Hauss- und Bangemann in den Schlaf bringen lassen möchte, kann es sich ja vom Munde absparen. Den Rest zahlt über die Wahlkostenerstattung ja ohnedies der Steuerzahler. – Na ja, alles verlorene Liebesmüh. Korruption macht süchtig.

Die wunderbaren Schatzmeister haben sich weder von den diversen (übrigens vom SPIEGEL aufgedeckten) Parteispendenaffären abschrecken lassen, noch werden sie es in Zukunft sein lassen, feuchtfingerig und wichtigtuersich an den Kombinationsschlösschen ihrer Geldkofferchen zu nesteln. Ein Hauch von nadelgestreiftem Hochstaplerium läßt sie manisch mehr ausgeben, als sie haben – für Anzeigen, Lufterschütterungsreden und schwachsinnige Fernsehspots, die keiner lesen, hören und sehen will, von wegen gemeinnützig.

Mal ganz abgesehen davon: Große Teile sogenannter echter Ausgaben der Parteienstiftungen, beispielsweise zur Unterstützung befreundeter Parteien im Ausland, haben mit Gemeinnützigkeit genausowenig zu tun. Wem nützt das wohl, wenn die Konrad-Adenauer-Stiftung mit steuerfreiem Geld in Mittelamerika Leute ihrer Couleur, die Ebert-Stiftung die Gegenseite finanziell aufrüsten? Die Deutschen lassen schießen, streng steuerabzugsfähig.

Und wenn SPIEGEL und Staatsanwälte die Gesetzesverstöße reihenweise an die große Glocke hängen und Richter die Hinterzieher bestrafen, dann ändert eben der souveräne Gesetzgeber, dessen Fraktionen sich nun mal daran gewöhnt haben, auf großem Fuß zu leben, schlicht das Gesetz. Auch wenn die Änderung eklatant gegen Grundgesetz und Verfassungsrechtsprechung verstößt, wie sich beim Verfassungsgerichtsspruch zum neuen Parteienfinanzierungsgesetz nächste Woche erweisen wird. In Karlsruhe seh'n wir uns wieder.

Ihr Schatzmeister, es wird wieder Zeit, Tickets nach London, Miami, Zürich und Tel Aviv zu buchen!



Falsche Stiftungsadresse, Naftali-Nummern

463 061 קורן נפתלי, בול 14
463 593 קורן נפתלי, בול 14

deckten Häuschen im Bankenviertel, wohnen keine Stifter. An der Eingangstür hängt ein Schild: „Treuhandgesellschaften der Bank Hapoalim“. Die „Hapoalim“, eine der hundert größten Banken der Welt, ist das Geldinstitut des israelischen Gewerkschaftsbundes Histadrut.

Gleich daneben, Nummer 1 a, im zweiten Stock eines schmutzigen Backsteinbaues, sitzt hinter Milchglas-scheiben die Tel Aviver Außenstelle der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung. Büroleiter Hans-H. Duncke weiß Bescheid: „Fritz-Naphtali-Stiftung, das ist hinten an in der Bank.“

Auf dem Nachbargrundstück, Rothschild Boulevard 50, steht das neunstöckige Hochhaus der Hapoalim-Hauptverwaltung. Dort, in der dritten Etage, Zimmer 301, arbeitet Chaim Krupski, Direktor der Bank, der gleichzeitig Geschäftsführer der Naphtali-Stiftung ist. „Das mache ich nur nebenbei“, sagt er, denn große Summen seien da wirklich nicht zu verteilen.

Im Jahr 1984, berichtet Krupski, seien es rund 200 000 Deutsche Mark gewesen, 1985 ganze 315 000 Mark. Das Büro der Fritz-Naphtali-Stiftung sei übrigens nicht hier in der Bank, sondern am anderen Straßenende, am Rothschild Boulevard 2.

Aber die Bewohner des beige verputzten Doppelhauses Nummer 2, Advokaten und Versicherungsagenten, wissen nichts von einem Naphtali-Büro. Im Parterre, erinnert sich einer, habe es früher mal einen Anwalt gegeben, der mit Naphtali irgend etwas zu tun hatte. Eine Israelin namens Rita weiß Genaueres: „Die Naphtali-Stiftung existiert hier nicht. Da müssen Sie am besten mit

* Oben: Rothschild Boulevard 2 in Tel Aviv; darunter: Von Naftali Keren im Telefonbuch von Tel Aviv.